

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

November 2014

11/2014

Das Fundament ist gelegt

Erfolgreicher Mitgliederentscheid mit über 92% Zustimmung zum Koalitionsvertrag

Am 01. November fand die 3. Tagung des 4. Landesparteitages in Potsdam statt. Wichtige Aufgaben standen an. So wurden erste Auswertungen des Wahlergebnisses vor-genommen, zum Koalitionsvertrag und zu den Personalien des neuen Kabinetts gesprochen und ein neuer Schatzmeister gewählt.

Visionen werden gebraucht

Zur Auswertung des Wahlergebnisses äußerte sich besonders der Parteivorsitzende, Christian Görke. Unsere Taten in der Regierung sind vom Wähler als selbstverständlich hingenommen worden. Der Wähler erwartet von Linken mehr, als in der Regierung geleistet werden konnte. Zum Teil sind Visionen verloren gegangen. Das heißt, diese müssen in der

Arbeit mehr Beachtung finden und das Ziel des demokratischen Sozialismus im Blickwinkel behalten werden. Es gibt ein tiefes Misstrauen der Bevölkerung in die Parteienlandschaft.

Deshalb muss DIE LINKE ihren Platz in der Gesellschaft neu finden, mobilisieren, interessanter sein, ob für jung oder alt, für Singles oder Familie.

Politik nicht den Politikern überlassen

Eine Folge des schlechten Wahlergebnisses ist, dass wir in der neuen Regierung nur noch drei Ministerien leiten. Da der Zuschnitt dieser verändert wurde, gilt es neun statt sieben Politikfelder direkt zu verantworten. In den nächsten vier Jahren Regierungsarbeit muss sich unser Profil deutlich von der Sozialdemokratie unterscheiden.

Bernd Riexinger verwies darauf, dass Partei und Fraktion unterschiedliche Verantwortung wahrnehmen müssen. Als Partei sollten wir nicht in der Regierungsrolle aufgehen. Die Partei muss weiter gehen als die Fraktion. Er sagte: »Politik ist zu wichtig, um sie den Politikern zu überlassen«. Den ausgefochtenen Koalitionsvertrag lobte er und hob hervor, dass mancher Inhalt Auswirkungen über unsere Landesgrenzen hinweg hat. Ein soziales Brandenburg gibt es nur durch DIE LINKE. Wir müssen nicht defensiv erklären, wofür wir nicht sind, sondern wofür wir stehen. Links ist Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit. Ziele im Land sind, den öffentlichen Sektor stärken, die öffentliche Infrastruktur ausbauen (dieser



Unsere MinisterInnen (v. l.): Helmut Markov (Justiz, Europa und Verbraucherschutz), Diana Golze (Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen) und Christian Görke (Finanzen und stellv. Ministerpräsident). Fotos: DIE LINKE



Der Parteitag in Potsdam hat auch einen neuen Landesschatzmeister gewählt.

Für Matthias Osterburg wird ab dem 1. Dezember Ronny Kretschmer (65, 18% der Stimmen) die Finanzen des Landesverbandes verwalten - Herzlichen Glückwunsch!

Bis zum nächsten Kreisparteitag (wahrscheinlich im Februar 2015) wird Ronny Kretschmer weiter als Kreisvorsitzender arbeiten und den Kreisverband führen.

Sektor sorgt für den Wohlstand einer Bevölkerung), die prekären Beschäftigungsverhältnisse abbauen, die Verbindung von Energie- und Umweltpolitik herstellen (das unterscheidet uns von den Grünen) und den Reichen in die Tasche greifen.

In der Landtagsfraktion sind sechs neue jüngere Mitglieder dazu gekommen. Jedoch sind, wie die Fraktionsvorsitzende Margitta Mächtigt anmerkte, mehr Aufgaben mit weniger Ressourcen zu bewältigen.

Der Schatzmeister, Matthias Osterburg, legte zum 01.11.2014 sein Amt nieder. Ihm wurde für seine langjährige Arbeit von allen herzlich gedankt. Dies war bekannt und hat auf unseren Kreisverband personelle Auswirkungen. Einer der Kandidaten war unser Kreisvorsitzender. Auch dies überraschte keinen von uns, da er seine Kandidatur auf der letzten Mitgliederversammlung öffentlich machte. Ronny wurde mit deutlicher Mehrheit gewählt, er erhielt 73 Ja-Stimmen.

Das hat allerdings zur Folge, dass wir eine/n neuen Kreisvorsitzende/n wählen müssen. Wir wünschen Ronny in seiner neuen Funktion alles Gute.

Petra Buschke, Delegierte

Informationen aus erster Hand

Zu unserer Gesamtmitgliederversammlung am 10. Oktober in Fretzdorf konnte unser Kreisvorsitzender Ronny Kretschmer wieder zahlreiche Genossen und Gäste begrüßen.

Gleich zu Beginn überreichte er, stellvertretend für alle anderen neuen Genossen, die Mitgliedskarte an Kilian Nieselle, damit wurde die Position als jüngster Kreisverband im Land weiter gefestigt.

Die Mitglieder der Verhandlungsgruppe zum



Koalitionsvertrag, Margitta Mächtig (Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Brandenburger Landtag) und Kirsten Tackmann (MdB), informierten tagaktuell über die Ergebnisse der Verhandlungen und sorgten so für eine rege und abwechslungsreiche Diskussion.

Zum Abschluss wurde Doris Hochschild mit 94,6 % als Mitglied in den Kreisvorstand OPR nachgewählt.

Ehrliche Analyse tut not

Es gibt viel aus der Wahlniederlage zu lernen

Wie in vielen Veranstaltungen, haben auch die Genossen der BO 14 in Neuruppin in der ersten Versammlung nach der Landtagswahl Ende September heftig diskutiert über die Ursachen der Wahlniederlage der LINKEN. Alle Genossinnen und Genossen - bis auf einige sehr kranke - hatten sich im Wahlkampf außerordentlich engagiert. Dank wurde nochmals den beiden Kandidaten Dieter Groß und Gerd Klier ausgesprochen, die sich sehr eingesetzt haben, aber leider nicht den Sprung in den Landtag schafften.

Wichtigstes Problem in der Diskussion: Wir kommen offenbar nicht mehr an bei vielen unserer Wähler, wir werden nicht mehr anerkannt als die wirklichen, ehrlichen Vertreter ihrer Interessen. Einige Ursachen dafür sehen die Genossen darin, dass es im Wahlkampf zu wenig klare linke Aussagen zu wichtigen Problemen gab, zu wenig deutliche Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN. Heftige Kritik wurde

auch an der Politik des Landesvorstandes geübt - zur Führung des Wahlkampfes, zum Umgang mit Genossen, zur Einschätzung der realen Stimmungslage und zur ungenügenden Kommunikation. Es sei in den nächsten Wochen eine sehr gründliche Analyse der Wahlergebnisse in den Wahlkreisen notwendig.

Weiter diskutieren

Wir verweisen in diesem Zusammenhang nochmals auf den Beitrag unseres Kreisvorsitzenden Ronny Kretschmer in der vorigen Ausgabe der Märkischen Linken. Außerdem gibt es einen äußerst interessanten Diskussionsbeitrag in Form einer umfangreichen Wahlanalyse von Genossen Hartmut Winkelmann, Stadtvorsitzender DIE LINKE. Pritzwalk, der kritisch auf Ursachen und Schlussfolgerungen aus der Wahlniederlage eingeht, die in vielem auch auf unseren Kreisverband zutreffen - zu empfehlen für die weitere Diskussion!

Da sollte man sich schämen

Eigentlich ist es nur ein Brunnen auf dem Gelände der Ruppiner Kliniken. Direkt gegenüber vom Eingang zur Notaufnahme steht er, von unserer Neuruppiner Künstlerin Marianne Kühn-Berger entworfen und mit den Tierkreiszeichen gestaltet.

Von der Gestaltung ist außer der äußeren Form jedoch kaum noch etwas erkennbar. Dicker Grünbelag zeugt davon, dass sich jahrelang niemand um das Kunstwerk gekümmert hat. Darauf angesprochen sagten mehre Klinikmitarbeiter

(Ärzte bzw. Schwestern), dass diese Vernachlässigung erst in den letzten Jahren geschah. Als Herr Arndt noch Geschäftsführer war, hatte dieser großen Wert auf die Pflege der Kunstwerke gelegt.

Ein Potsdamer Ehepaar, das gerade dazu kam, sagte nur: »Man sollte sich schämen, ein so wunderbares Kunstwerk so vergammeln zu lassen!« Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

Achim Müller

Kommentar

Alle Räder stehen still.

Selten hat ein Tarifkonflikt so große mediale Aufmerksamkeit hervorgerufen, wie die zur Zeit anhaltende Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Deutschen Bahn (DB).

»Deutschlands dümmste Gewerkschaft« titelte der Spiegel, andere Zeitungen rüsteten gar zur medialen Hetzjagd gegen den Vorsitzenden dieser Gewerkschaft. So war zu lesen: »Stoppt diesen Mann!«; »der meistgehasste Deutsche« oder »Der Größen-Bahnsinnige«, dazu wurden dann gleich das Auto, das Haus mit Adresse und die Telefonnummer von GDL-Chef Claus Weselsky veröffentlicht. Augenzwinkernd titelte deshalb die JUNGE WELT »Staatsfeind Nr. 1« und bezog in ihrem Artikel klar Stellung für das Streikrecht.

Was ist eigentlich so besonders an diesem Streik? Dass die Gewerkschaft höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten für ihre Mitglieder fordert, ist nur zu verständlich, wenn man sich ansieht, was ein Lokomotivführer im Monat verdient. Das Einstiegsgehalt liegt bei ca. 2.000.- Euro brutto, nach 25 Jahren dann bei 3.000.- Euro brutto. Ein lächerliches Gehalt im europäischen Vergleich und gemessen an der Verantwortung für Leib und Leben von hunderten von Passagieren. Dass die Deutsche Bahn ein Konzern ist, der Milliardengewinne verbucht und Milliarden in großwahnsinnige Bauprojekte wie Stuttgart 21 versenkt, macht die Sache auch nicht besser.

Hier geht es um mehr. Das Streikrecht soll untergraben werden. Die SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles hat vor wenigen Tagen einen Gesetzentwurf zur »Tarifeinheit« vorgestellt. Damit soll das verfassungsmäßige Recht auf Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie geschleift werden.

Ich empfehle größere Gelassenheit und Solidarität mit den Streikenden. In Deutschland hat man sich über Jahre an einen »Kuschelkurs« zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern gewöhnt. In Frankreich und vielen anderen Ländern gehören Streiks zum (politischen) Leben dazu und werden als wichtige demokratische Errungenschaft begriffen.

Ronny Kretschmer

Puschkinschule vorerst gesichert

Die Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin am 3. November hatte eine kurze Tagesordnung. Die Erfahrung lehrt, dass kurze Tagesordnungen zu endlosen Debatten führen. So auch an diesem Tag, der kurz vor 23.00 Uhr endete.

Der wichtigste inhaltliche Punkt war der Antrag der LINKEN zur Zukunft der Oberschule »Alexander Puschkin« (siehe ML 10/2014). Nach dem Schulausschuss hatte im Vorfeld auch der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich für diesen Antrag votiert. Der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ Kreisbauernverband, namentlich dem Abgeordneten Helmut Kolar, hat das nicht gefallen, so dass kurzfristig ein Antrag eingebracht wurde, den Antrag der LINKEN wieder in die Gremien zu überweisen. Im Begründungstext wurde die Fraktion deutlich: Sie möchte die Zusammenlegung beider Schulen an einem Schulstandort im Gebäude der jetzigen Oberschule »Theodor Fontane«. Warum der Abgeordnete Kolar das fachliche Votum des Schulausschusses nicht akzeptieren wollte, offenbarte er in seinem mit persönlichen Angriffen gespickten Redebeitrag: Das Votum wäre kein Fachvotum, da seine fachliche Sicht nicht

genügend berücksichtigt worden ist. Übersetzt: Alle anderen haben keine Ahnung, nur er besitze eine fachlich fundierte Meinung, deshalb wäre seine Meinung die maßgebliche.

Nicht nur, dass dies ein merkwürdiges Demokratieverständnis ist, es offenbart auch eine gehörige Portion Größenwahn. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss letztendlich mit überzeugender Mehrheit den Antrag der LINKEN. Damit ist die Puschkinschule am jetzigen Standort auch im Schuljahr 2015/2016 gesichert. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit mit diesem Antrag eröffnet, eine fachliche und sachliche Debatte zur Schulentwicklung in Neuruppin zu führen. Und dafür



gibt es deutlich mehr Alternativen, als eine Zusammenlegung beider Oberschulen an einem Schulstandort.

Unklare Finanzsituation

Eine weitere heftige Debatte löste ein Antrag der Stadtverwaltung aus, der die zukünftige Haushaltsaufstellung betraf. Immer noch gibt es keine Jahresabschlüsse für die Jahre 2011 bis 2013, einen Entwurf für den Haushalt wird es erstmal nicht geben, gleichzeitig werden aber die Zeitungsartikel zahlreicher, in denen die Verwaltung verkündet, wie viele Millionen voraussichtlich fehlen werden. Die Abgeordneten erhalten keine Informationen. Fakt ist, dass eine geplante Kreisumlage von 48 Prozent die Finanznot der Kommunen weiter vergrößert. Trotzdem, und das forderten die Abgeordneten mit Nachdruck, müssen endlich Zahlen auf den Tisch. Dies sagte die Stadtverwaltung für Januar 2015 zu. Warten wir es ab.

Ronny Kretschmer
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE



Für den 8. November hatten rechte Kräfte eine Kundgebung in Neuruppin angemeldet - sie wollten gegen »die Flüchtlinge« protestieren.

Das Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« hatte daraufhin eine Gegenkundgebung am Hinterausgang des REIZ organisiert, über welche die lokale Presse informiert hatte. Etwa 20 Personen waren diesem Aufruf gefolgt und boten den etwa 15 Neonazis Paroli. Dank der hervorragenden Beschallungstechnik des Bündnisses wurden die Hetztiraden der Rechten überhört.

Stadtvorstand wird neu gewählt

Am **Donnerstag, dem 20.11.2014** treffen sich um **18 Uhr** die Genossinnen und Genossen des Neuruppiner Stadtverbandes zu einer Gesamtmitgliederversammlung.

Der Stadtvorstand soll neu gewählt werden. Bis Anfang November hatten sich 6 Genossen für die Mitarbeit im neuen Stadtvorstand gemeldet.

Des Weiteren werden die Ergebnisse der Landtagswahlen (Ursachen der Stimmenverluste der LINKEN) und des erstmaligen Mitgliederentscheids in Brandenburg sowie unsere Verantwortung für die Unterstützung der LINKEN in der rot-roten Landesregierung nochmals im Mittelpunkt stehen.

Aufgelesen

Aha

Man kann ein Gesicht nicht verlieren wenn man keins hat

Abgehört

Vertrauen missbraucht
Freundschaft

Janina Niemann-Rich, Lyrikerin

Bundestagsreport

Erfolg der LINKEN in Brandenburg gelingt nur gemeinsam

Die Diskussion zur weiteren politischen Arbeit der LINKEN in Brandenburg nach der Wahlniederlage hat erst begonnen, und es ist gut, dass bisher schrille Rufe nach Abrechnung und persönliche Schuldzuweisungen weitgehend ausgeblieben sind. Trotzdem war ebenso klar: ein einfaches »Weiter so« darf es nicht geben.

Bei aller berechtigten Kritik an Entscheidungen und Engagement anderer wäre es aber gut, wenn sich jede und jeder auch an die eigene Nase fasst und sich fragt, welcher persönliche Beitrag zum Gelingen in den vergangenen 5 Jahren geleistet wurde und was man selbst besser machen will und kann. Denn es gibt vermutlich nicht den einen, großen Fehler, der korrigiert werden muss, sondern es waren viele kleine und größere Fehlentwicklungen, die uns in der Summe die Unterstützung nicht weniger Wählerinnen und Wähler gekostet hat. Aber noch sind diese »nur« nicht zur Wahl gegangen, sie sind also für uns erreichbar - noch.

Die Gründe für diese Wahlverweigerung sind sicher sehr vielfältig und es lohnt sich, gründlich über sie nachzudenken. Und vor allem müssen wir wieder mehr mit ihnen reden. Denn gerade weil die Höhe der Verluste unerwartet war, ist deutlich, dass wir nicht (mehr?) gut genug wissen, was sie von uns erwarten. Grundvertrauen ging verloren, aber Entfremdung vom Volk wird einer linken Partei

schwer verziehen. Es muss sich deshalb mehr ändern, als Personen auszutauschen und Erreichtes besser zu kommunizieren. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns viel, vielleicht manchmal zu viel angesichts der schwierigen politischen Gemengelage um uns herum. Aber vor allem erwarten sie wohl von uns die Rückkehr zu alten Stärken: dass wir ihre Probleme des Alltags kennen, mit ihnen gemeinsam politisch entscheiden und alles dafür tun, die Lebenssituation möglichst vieler zu verbessern - nicht abstrakt, sondern konkret. Das ist ein hoher Anspruch an uns alle und wird nur gelingen, wenn wir gemeinsam dafür Verantwortung übernehmen. Und wenn das strategische Dreieck wieder zum Prinzip unserer politischen Arbeit wird, d. h. die politische Arbeit außerhalb der Parlamente, das Agieren der Fraktionen und die Entwicklung von Visionen über die aktuelle Gesellschaft hinaus wieder eng miteinander verbunden werden, statt

sie nur nebeneinander zu organisieren.

Angesichts der erneuten Regierungsverantwortung, die eine deutlich kleinere Fraktion tragen muss, ist das eine große Herausforderung. Der Koalitionsvertrag



Der Koalitionsvertrag ist unterzeichnet!

Foto: DIE LINKE

ist inhaltlich zwar eine gute Grundlage, aber eben auch nicht mehr. Gerade in dieser Situation ist eine noch engere und solidarische Zusammenarbeit zwischen LINKEN in Bund, Land und Kommunen unerlässlich. Das gilt nicht nur für die vielen Arbeitsaufträge im Koalitionsvertrag, die sich entweder direkt an den Bund richten oder indirekt nur erfüllbar sind, wenn sich im Bund die Rahmenbedingungen ändern. Mindestens ebenso wichtig ist die klare Botschaft, dass ohne mehr Einnahmen für die öffentlichen Haushalte durch eine gerechte Steuerpolitik der Bundesregierung, die Entscheidungsspielräume in den Ländern für eine sozialere und ökologischere, also linke Politik sehr eng sind.

Kirsten Tackmann, MdB



Am 30. Oktober fand am Fontane-Denkmal in Neuruppin eine Kundgebung - Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden in Kobane - statt. Vorbereitet und organisiert wurde diese von Jugendlichen aus dem Umfeld des JugendWohnProjektes MittenDrin und der AG Junge GenossInnen. Insgesamt waren gut 20 Jugendliche vor Ort, aber auch viele Passanten blieben spontan stehen. Ein weiterer positiver Nebeneffekt war, dass wir bei allen vorbeifahrenden Autofahrern Aufmerksamkeit erregten.

Gerechtigkeit ist sein Markenzeichen

Ohne Einbeziehung der Mitarbeiter kein erfolgreiches Unternehmen!

Ich konnte und kann es auch heute noch nicht verstehen, wenn Menschen ungerecht behandelt werden. So oder ähnlich reagiert Genosse Heinz Venhaus, wenn man mit ihm über sein Leben, das er zum Großteil in den alten Bundesländern verbrachte, spricht.

Heinz, ein sehr rüstiger Endsiebziger, sitzt mit mir in seiner Küche in Katerbow, wo er mit seiner Frau Astrid und seinen Töchtern seit 6 Jahren lebt. Er erklärt mir, warum er einen Leserbrief zur paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates der Pro Klinik Holding geschrieben hat, und für den er Kritik einstecken musste. Das ist für ihn gar nicht nachvollziehbar, denn er weiß, wovon er spricht. Schließlich war Heinz langjähriges Betriebsratsmitglied im Neckermann-Versandhandel und somit ein Vertreter von 4.000 Beschäftigten. In mehreren (gewonnenen) Gerichtsverfahren hat er Arbeitnehmer, deren Rechte beschnitten wurden, vertreten. In der Zeit als Betriebsratsmitglied lernte er die Bedeutung einer paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates eines Großunternehmens schätzen. »Ohne die paritätische Besetzung wären manche Entscheidungen des Unternehmens nicht im Sinne der Arbeit-

nehmer getroffen worden«, betont Heinz immer wieder. »Wir mussten einen steten Kampf, der zum Teil sehr erbittert war, um die Mitarbeiterinteressen führen, auch um somit die gute Entwicklung des Unternehmens nicht zu gefährden.« Ohne eine intensive Einbeziehung der Mitarbeiter in die Entscheidungsfindung des Unternehmens kann kein Unternehmen erfolgreich sein. Dieses Fazit zieht Heinz Venhaus aus seiner langjährigen Gewerkschaftsarbeit.

Und dann kommt Heinz auf die paritätische Besetzung des Aufsichtsrats der Pro Klinik Holding zu sprechen und zeigt völliges Unverständnis für die Handlungsweise des Landrats Reinhard und derjenigen Kreistagsabgeordneten, die dessen Kurs unterstützen. »Eigentlich ist es doch ein Verdienst der SPD und der Gewerkschaften, dass das Mitbestimmungsgesetz erlassen wurde, und noch heute ist es ein Grundanliegen der SPD genauso wie der LINKEN, die Arbeitnehmerinteressen vollumfänglich zu wahren.« »Als ich das Programm sowie weitere diesbezügliche Veröffentlichungen der LINKEN las, kam ich zu der Einschätzung: Hier sind die Arbeitnehmerinteressen in den richtigen Händen«. Dies sagt Heinz Venhaus aus vollster Überzeugung, und das ist, wie seine Frau Astrid ergänzt, auch heute noch sein Lebensmotto.

Er steht als überzeugter LINKER voll hinter den Interessen der Belegschaft der Pro Klinik Holding. Dass man hier das Betriebsverfassungsgesetz mit allen nur möglichen Tricks aushebeln will, lässt bei Heinz die Zornesröte ins Gesicht steigen. »Wir haben Jahrzehnte in Westdeutschland darum gekämpft und haben angenommen, dass hier im Osten diese Errungenschaften genutzt werden können. Aber jetzt erleben wir, dass ein parteiloser



Collage: Michael Koller

Landrat sich wie ein Arbeitgeber, der ein Parteibuch der CDU oder FDP hat, »präsentiert«, empört sich Heinz.

Diese Denk- und Handlungsweise des Landrats »färbt« wahrscheinlich auf seine Mitarbeiter ab. Zu dieser Meinung kommen Heinz und seine Frau Astrid, als plötzlich 3 oder 4 LKW hintereinander vor dem Haus vorbei brausen und wir uns kaum noch verständigen können. Als wir uns bei der Kreisverwaltung darüber beschwerten, wurden wir einfach abgespeist. »Schließlich ist ja noch kein schwerer Unfall passiert«, war die lapidare Antwort des zuständigen Mitarbeiters, erklärt mir Heinz (Der Unfall in Rägelin, bei dem ein LKW fast ein ganzes Haus zerstört hat, war wahrscheinlich noch nicht schwer genug!). Aus diesem Grund beabsichtigen die Eheleute Venhaus eine Sammelpetition an den Landtag zu verfassen, für die sie gegenwärtig weitere Unterschriften sammeln.

Für Interessierte:

Heinz Venhaus ist Vorsitzender der deutschlandweiten Arbeitsgemeinschaft Amateurfunk-Fernsehen (AGAF) und Redaktionsleiter der Mitgliederzeitschrift »TV-AMATEUR«.

Dieses Gespräch führte unser Redaktionsmitglied Achim Müller.

Kurznachrichten

■ Unser **Kreisgeschäftsführer Hartmut Buschke** ist ab sofort immer donnerstags in der Zeit von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle in Neuruppin erreichbar.

Alle Mitglieder, Sympathisanten und Bürger haben hier die Möglichkeit, sich direkt an unseren Kreisvorstand mit ihren Problemen, Fragen und Anregungen zu wenden.

■ Die nächste Ausgabe unserer Märkischen Linken erscheint in der Druckversion am 12. November, auf unserer Internetseite »www.dielinke-opr.de« ist die Online-Ausgabe in der Regel schon zwei Tage früher zu lesen (mit Farbfotos).

Alle Mitglieder und Sympathisanten, die im E-Mail-Verteiler eingetragen sind, werden per Mail über die Veröffentlichung benachrichtigt. Wer ebenfalls eine Nachricht erhalten möchte, sendet einfach seine Mail-Adresse mit der Bitte um Eintrag in den Verteiler an »kv@dielinke-opr.de«.

»Unrechtsstaat« oder was?

Was taugen die Begriffe »Unrechtsstaat« und »Rechtsstaat« überhaupt?

Nun hat die Thüringer LINKE sich doch noch erpressen lassen - und das nur um den Preis, den Regierungschef stellen zu können.

Die Grünen forderten ultimativ DIE LINKE auf, die DDR als »Unrechtsstaat« zu bezeichnen.

Nun ist die Bezeichnung »Unrechtsstaat« weder ein juristischer Begriff, noch kennt ihn das Völkerrecht. »Eine wissenschaftlich haltbare Definition gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften«, hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages 2009 festgestellt.

Rein politischer Begriff

Also handelt es sich bei der Forderung der Thüringer Grünen um Anerkennung eines reinen politischen Begriffs, der nur in Bezug auf die DDR Verwendung findet. Als er in den 90er Jahren in Mode kam, war die Richtung klar und was damit bezweckt werden soll. Nach der politischen Niederlage sollte die DDR auch ideologisch verdammt werden. In der heutigen Bundesrepublik hat sich dieser Begriff aber etabliert und alles, was die DDR betrifft, wird in diesem Sinne behandelt. (Das zeigt sich nicht zuletzt an den politisch gewollten und willkürlichen Renitenkürzungen, denen damalige politische Verantwortungsträger, beispielsweise auch ehemalige Mitarbeiter des MfS, unterworfen sind - was übrigens einmalig in der Geschichte ist.)

Dass es auch anders geht, zeigt unsere Koalition in Brandenburg. Hier hat Rot-Rot schon im Koalitionsvertrag von 2009 festgeschrieben, »dass es eine Verklärung der SED-Diktatur nicht geben wird«, von Unrechtsstaat steht jedoch kein Wort darin.

Den Blick nicht einengen

Ja, es gab bzw. gibt Opfer! - und das wird auch keiner verneinen. Warum und weshalb diese Menschen inhaftiert oder anderen Repressalien (wie sie heute berichten) ausgesetzt waren, steht hierbei auf einem anderen Blatt. Jedenfalls waren diese Maßnahmen durch die Gesetze der DDR gedeckt!

Ich möchte keinem der Opfer unterstellen, dass er nur um der Entschädigung willen seine Biografie offenbart, ich kann es verstehen, wenn Menschen über das System »fluchen«, in dem sie eingesperrt waren. Man sollte die Sache aber auch aus einem anderen Blickpunkt betrachten. Die DDR war ein völkerrechtlich anerkanntes Mitglied der UNO, hatte mit vielen Staaten (darunter auch der alten BRD) völkerrechtlich bindende Verträge geschlossen und sie auch eingehalten. Wenn man die Terminologie »Unrechtsstaat« unterstellt, wären diese Verträge dann nicht

Es ist vollbracht. Endlich steht der **Unrechtsstaat**[®] unter Markenschutz. Ab sofort gilt: Wer den Unrechtsstaat[®] nachmacht oder verfälscht oder einen nachgemachten oder verfälschten sich verschafft und in Verkehr bringt, wird mit Verzehr von Thüringer Rostbratwürsten nicht unter 28 Stück ohne Brot und Senf, aber mit Rennsteigglied bestraft. Der Titel Unrechtsstaat[®] darf weder unrechtmäßig geführt noch verliehen werden. Ausnahmen bilden Unrechtsstaaten[®], die dieser Benennung durch ausdrückliche Zertifizierung der Herren Dr. Hubertus Knabe, Dr. Schi Wago und Prof. Flimmrich teilhaftig geworden sind. Sollten also solche Staaten ihrerseits den Begriff Unrechtsstaat[®] anderweitig zur Verglimpfung respektive -unglimpfung einsetzen, handelt es sich per se um ein Recht auf Unrecht, zu dem ein zertifizierter Unrechtsstaat[®] berechtigt ist. In Zweifelsfällen sollte Rechts- wie Linksauslegern die altbekannte Hänchen- und Gretchenfrage weiterhelfen: Cui bodo?

ibo

Aus neues deutschland
vom 18./19. Oktober 2014

völkerrechtswidrig gewesen? Hätten sich dann nicht die Vertragspartner der DDR, darunter die alte BRD, völkerrechtswidrig verhalten?

Auch heute herrscht eine Datensammelwut

Wenn man sich heute über die Repressalien des DDR-Geheimdienstes beschwert, dann sollte man sich einmal die gegenwärtige Situation in Deutschland ansehen.

Ja, die bundesdeutschen Geheimdienste stehen unter parlamentarischer Kontrolle. Wie das in der Realität jedoch aussieht, konnte JEDER beim NSU sehen!

Unser Bundestagsabgeordneter Genosse Andrej Hunko hat vom Bundesinnenministerium auf seine Anfrage interessante Informationen erhalten.

Das Bundeskriminalamt hat Daten von Millionen deutschen Bürgern gesammelt, die bei Polizeikontrollen besonderen Schikanen ausgesetzt sind. Darunter befinden sich 1.069.427 Personen, die als »Konsumenten von Betäubungsmitteln« erfasst

sind. Weiter 9.763 Personen sind als »Straftäter linksmotiviert« und 20.054 sind als »Straftäter rechtsmotiviert« registriert.

Aber das Bundeskriminalamt differenziert die registrierten Personen noch weiter. So gibt es u.a. auch die Kategorien »Geisteskrank«, »Freitodgefahr«, »Prostitution« oder »Ansteckungsgefahr«. Für die Datenspeicherung reicht dem BKA ein Anfangsverdacht. Das ist jedoch sehr problematisch, da die Betroffenen gar nicht wissen, dass sie gespeichert sind.

Und die anderen deutschen Geheimdienste?

Nun gibt es in Deutschland aber noch weitere Geheimdienste. Neben dem Verfassungsschutz auch noch den Bundesnachrichtendienst und den militärischen Abschirmdienst. Welche Daten diese drei über die deutschen Bürger gespeichert haben, bleibt wohl deren Geheimnis. Trotz aller hochgelobten parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste wird jeder Geheimdienst bestrebt sein, bestimmte Geheimnisse auch den Parlamentariern vorzuenthalten.

Selbst wenn Gerichte entschieden haben, dass eine Überwachung rechtswidrig war/ist, wird dem Betroffenen nur eine begrenzte Akteneinsicht gewährt. Das konnten viele Bürger von Neuruppin hautnah erleben, als der über 4 Jahrzehnte unter Beobachtung des Verfassungsschutzes gestandene Dr. Rolf Gössner im Januar 2012 seine seitenweise geschwärzten Unterlagen präsentierte.

Achim Müller

Erlebnis Heide für viele

Immer mehr eine Touristenattraktion

Die FREIE HEIDE gerät manchmal etwas aus unserem Blickfeld, seit es nicht mehr die regelmäßigen Protestdemos gibt. Aber im Sommer spielt sie jetzt meist eine größere Rolle, weil da die Heide blüht und dankenswerter Weise etliche Institutionen uns dieses Ereignis erleben ließen. Kenner der Lüneburger Heide behaupten ja, unsere Heide kann sich durchaus mit ihr messen!

So ist nur zu begrüßen, dass unter Regie der INKOM Neuruppin und zusammen mit dem Bundesforstamt und der Heinz-Sielmann-Stiftung, die einige tausend Hektar der Kyritz-Ruppiner Heide bewirtschaftet, vor Wochen wieder eine Veranstaltung zum Konversionsommer 2014 stattfand. Gelegenheit auch, eine Art öffentliche Rechenschaft zu legen, wie weit wir mit der zivilen Nutzung des ehemaligen Bombodroms vorangekommen sind.

Sowohl Hans Schaefer, Chef der INKOM, Lothar Lankow von der H.-Sielmann-Stiftung als auch Rainer Entrup vom Bundesforstamt konnten berichten, dass vieles getan wird in Sachen sehr teurer Munitionsberäumung und der Erschließung weiterer Möglichkeiten für die Begehrbarkeit der Heide. Ohne auf Einzelheiten hier eingehen zu können - ein Beispiel sind allein die weitere Freigabe von Wegen, um mit Kutsch- und Kremserfahrten die blühende Heide erleben zu können und vieles über ihre Bewirtschaftung dabei zu erfahren. Große Brandschutzstreifen sind angelegt worden. Weitere Wege sind in Vorbereitung, gearbeitet wird daran, in absehbarer Zeit auch einmal Radfahrern und Wanderern diese Naturschönheit zu zeigen. Das allerdings dauert noch!

Pläne, in der Heide Windkraftanlagen zu installieren, wurden erfolgreich abgewehrt. In einer Kommunalen Arbeitsgemeinschaft haben sich 20 Anliegerorte der Heide zusammengeschlossen und bemühen sich, ihre Kräfte zu bündeln für eine weitere zivile Nutzung. Wichtig ist, dass sie einbezogen werden. Mit Kremsern waren in diesem Jahr wieder viele Interessenten hier. Klaus Keil,

der im Abfahrtsort Kleinglienicke die Heidefahrer mit Kaffee und Kuchen (natürlich selbst gebacken) bewirtet, hatte allein in diesem Sommer über 700 Gäste.

Mehrere Kremserhöfe sind es inzwischen, die Fahrten in die Heide anbieten, z.B. die Ruppiner Fahrtouristik in Zermützel, der Kremserhof von Jürgen Strache. Er selbst ist auch einer, der während der Fahrten mit Herz und Sachverstand vieles über die Heide zu erzählen weiß. Und er hat noch manche Pläne...

In der Veranstaltung zum Konversionsommer stand aber noch ein anderes wichtiges Thema im Mittelpunkt. Heide ist nicht nur, dass sie wächst und blüht und manches andere auch, wie Kiefern und Sträucher - sie muss gepflegt werden. Wer hätte gedacht, dass sie auch mit gezieltem Abbrennen ganzer Flächen sozusagen »in Ordnung« gehalten wird? Darüber wurde hier sehr gründlich referiert und informiert und man konnte eigentlich nur staunen, was auf diesem Gebiet - mit wenig Leuten! - alles geleistet wurde.

Für die dringende Munitionsberäumung auf noch sehr vielen Flächen der Heide sind - auf Grund fehlenden Geldes vom Bund - allerdings die Zukunftsaussichten nicht gerade günstig. Aber man kann sich freuen, dass sich nun schon seit Jahren viele verantwortungsbewusste Bürger und Leiter um unsere Heide und ihre weitere Erschließung bemühen.

ch-

Keramik fürs Zuhause

In der Siechenhauskapelle Neuruppin gibt es seit kurzem eine Ausstellung mit Keramikarbeiten von Ursula Zänker aus Karwe: Wandteller, Phantasieblumen, farbige »Stäbe« als Wandgemälde zusammengestellt.

Am 12.10.2014 wurde die Ausstellung durch Verleger Günter Rieger eröffnet. Mit seinen blumigen Worten hat er den zahlreich erschienenen Teilnehmern die kleinen Kunstwerke nahegebracht. Und man kann sich vorstellen, dass manche Wohnungs- oder Hauswand gut damit geschmückt werden könnte. Ansehen (und kaufen!) lohnt sich!

Übrigens hat die Keramikerin Ursula Zänker neben Wohnungen schon etliche Gebäude innen und außen mit ihren Arbeiten verschönert - z.B. das Foyer der Alten Schwimmhalle, den Treppenaufgang in den Stadtwerken u. a.

Bitte SEPA-Umstellung beachten

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	2.12.	Günter Behrendt	in Heiligengrabe	zum	85.
Am	3.12.	Hannelore Fiedler	in Fehrbellin	zum	68.
Am	5.12.	Ehrentraud Prenzler	in Neuruppin	zum	81.
Am	8.12.	Hans-Joachim Seel	in Schönberg	zum	64.
Am	10.12.	Hans Kracik	in Neuruppin	zum	83.
Am	13.12.	Walter Taschenberger	in Dreetz	zum	81.
Am	14.12.	Franz Hilbert	in Rheinsberg	zum	83.
Am	15.12.	Heinz Karwath	in Zechlinerhütte	zum	68.
Am	17.12.	Ottmar Breyvogel	in Neuruppin	zum	80.
Am	25.12.	Bernd Kummer	in Neustadt	zum	61.
Am	29.12.	Christiane Schwarz	in Braunsberg	zum	71.
Am	29.12.	Werner Herzlieb	in Neuruppin	zum	84.
Am	31.12.	Horst Däbel	in Wittstock	zum	80.
Am	31.12.	Werner Stolz	in Wall	zum	67.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Das Leben ist so interessant...

Es war die Lebensgeschichte einer einfachen Frau, einer Großmutter, aus der die Autorin Anne Krahl am 25. Oktober 2014 im Neuruppiner Haus der Begegnung las. Bedenken, dass an einem Samstagmorgen eine Buchlesung nicht unbedingt gefragt ist, wurden schnell zerstreut - mehr als 25 Teilnehmer lauschten interessiert und fanden sich selbst in manchen Erlebnissen wieder.

Es war, als ob die 85jährige Großmutter selbst erzählte - so gut hat ihre Enkelin Anne zugehört und alles aufgeschrieben. Sicher kann sich nicht jeder mit ihren Lebensansichten und -weisheiten identifizieren, aber das ist auch nicht

Zweck der Sache. Wichtig ist, dass solche Lebenserfahrungen »aufbewahrt« werden - als Zeugnisse eines Lebens, einer Zeit, die Jüngeren zu einem großen Teil heute völlig fremd sind. Und doch soviel Aufschluss geben über Menschen und ihr früheres, oft schweres, aber auch vielfältiges und vielseitiges Leben.

Für das Programm im Haus der Begegnung war die Schriftstellerin aus Pirna (das Buch »Glaube an das Leben« war übrigens schon ihr viertes Buch), organisiert von den Mitarbeitern Sylke Lorenz und Gerlinde Zemlin, unbedingt eine Bereicherung. ch-

»Gestandene« Künstler

Das vorletzte Konzert dieses Jahres vom Musikverein Neuruppin fand am letzten Oktobersonntag im »Schlossgarten« statt. Ein Holzbläserensemble mit Klavier brachte verschiedene klassische Kammermusik zu Gehör.

Es war übrigens wieder internationale Besetzung - zwei Musikerinnen (darunter Junko Ukigaya) gebürtig in Tokio, einer aus der Türkei, einer aus der Slowakei, zwei aus Eisleben und Halle. Alle haben sie u.a. an hiesigen Musikhochschulen studiert und waren und sind in großen Orchestern tätig.

Am 23. November 2014 können wir das nächste große Sinfoniekonzert mit dem Brandenburger Staatsorchester mit unserem Dirigenten Takao Ukigaya, dem Vorsitzenden des Neuruppiner Musikvereins, in der Kulturkirche erleben. Und als Auftakt im neuen Jahr startet die Klassik-Konzertreihe des Musikvereins am Sonntag, 11. Januar 2015 mit zwei Neujahrskonzerten (15 und 19 Uhr) des Brandenburger Staatsorchesters - ein Erlebnis, was man nicht versäumen sollte. (Karten noch unter 03391/458 459 oder www.tixoo.com).

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 19.11.14	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 19.11.14	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Rheinsberg – Lindow 18.00 Uhr, Rheinsberg - H.-Rau-Schule
Mittwoch, 26.11.14	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 01.12.14	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 01.12.14	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 04.12.14	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 04.12.14	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 10.12.14	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 15.12.14	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 17.12.14	Kleine Weihnachtsfeier der ehrenamtlichen Mitarbeiter 15.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);
Redaktion: Christa Horstmann, Tobias Lungfiel, Achim Müller,
Jürgen Schubert, Giseller Trepte.

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«; stellv. Mitglied im Petitionsausschuss, im Ausschuss für »Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit« und im »Beratenden Ausschuss für Fragen der niederdeutschen Sprachgruppe«; Vertreterin im Verwaltungsrat des »Absatzförderfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft«.

Tel.: 030/22774309
Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 033971/32857
Fax: 033971/32893
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/2383
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE - Gerd Klier

Tel.: 03391/2383

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/655420
Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr
Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971/72086
Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394/4997066
Fax.: 03394/4997065
E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de
Sprechzeiten:
Die. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Die namentlich gezeichneten Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 28.11.2014
Mi., 10.12.2014